Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 05.06.2025 **Drucksache** 19/**6993**

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm, Richard Graupner, Johannes Meier, Markus Walbrunn, Florian Köhler, Oskar Lipp** und **Fraktion (AfD)**

Energieversorgung sichern statt ideologische Blockaden – Für neue Gaskraftwerke und heimische Gasförderung

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag begrüßt:

– die von der Bundesregierung geplante Ausschreibung von 20 GW neuer Gaskraftwerkskapazität und fordert, dass ein wesentlicher Teil dieser Kapazitäten in Bayern realisiert wird, um die regionale Wirtschaft und Versorgungssicherheit zu stärken.

– etwaige Bemühungen um den aktiven Wiedereinstieg in die Kernkraft und Gaskraft als Rückgrat einer stabilen, planbaren und bezahlbaren Energieversorgung.

Die Staatsregierung wird aufgefordert:

– sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass ein bedeutender Anteil der 20 GW Gaskraftwerksleistung in Bayern ausgeschrieben wird, um Kapazitätslücken zu schließen.

– sich auf Bundes- und Landesebene für ein Moratorium des Rückbaus abgeschalteter Kernkraftwerke einzusetzen.

– sich auf Bundes- und EU-Ebene für die Abschaffung der CO_2-Bepreisung auf Erdgas einzusetzen, um die Gaspreise für Haushalte, Industrie und für Gaskraftwerke zu senken.

– sich auf Bundes- und EU-Ebene für Verhandlungen mit allen relevanten Exportländern einzusetzen, um kostengünstiges Erdgas zu sichern.

– sich auf Bundesebene für die Erschließung heimischer Erdgasreserven einzusetzen und übertriebene regulatorische Hürden im Bundesberggesetz (BBergG) und Wasserhaushaltsgesetz (WHG) abzubauen.

Begründung:

Die grüne Energiewende gefährdet die Versorgungssicherheit und industrielle Wettbewerbsfähigkeit Bayerns. Der geplante Ausbau von 20 GW Gaskraftwerksleistung ist unerlässlich, um die Stromlücke von 4,1 GW (VBEW, 2024) sowie die prognostizierte Kapazitätslücke von 8 GW in Bayern bis 2040 (ifo Institut, 2020) und bis zu 30 GW bundesweit bis 2030 (McKinsey/EWI Köln) zu schließen. Ohne Gaskraftwerke drohen Blackouts, da grüner Wasserstoff aufgrund hoher Kosten (450–510 Euro/MWh, McKinsey, 2021) und geringer Produktionskapazitäten (in Bayern sind offiziell nur 3,5 TWh bis 2030 geplant, also nur 4 Prozent des Bedarfs, Schriftliche Anfrage des Abgeordneten Gerd Mannes, AfD, Drs. 19/208) keine realistische Alternative bietet.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Die Abhängigkeit von teuren LNG-Importen aus den USA (91 Prozent der LNG-Importe und 45 Prozent der gesamten Erdgasimporte; doppelt so teuer wie russisches LNG; Berliner Zeitung, 2025) belastet Haushalte und Industrie erheblich. Eine Diversifizierung der Erdgasimporte, inklusive der Wiederinbetriebnahme von Nord Stream, könnte die Gaspreise auf 14 Euro/MWh senken (Prognos AG, 2024), was Einsparungen von 12,2 Mrd. Euro für Haushalte (ca. 300 Euro pro Haushalt) und 6,6 Mrd. Euro für die Industrie ermöglicht. Dies würde auch die Strompreise senken: von 41,5 Cent/kWh auf 27,6 Cent/kWh für Haushalte (Einsparung: 18,2 Mrd. Euro, ca. 450 Euro pro Haushalt) und von 16,7 Cent/kWh auf 11,4 Cent/kWh für die Industrie (Einsparung: 10,6 Mrd. Euro; EWI Köln). Die Abschaffung der CO_2-Bepreisung auf Erdgas würde die Kosten für Haushalte um 1,2 Cent/kWh (ca. 30 Euro pro Haushalt jährlich) und für Gaskraftwerke um 5 ct/kWh senken, was die Standortbedingungen der bayerischen Wirtschaft wieder normalisieren würde.

Heimische Erdgasförderung ist wirtschaftlich und ökologisch tragfähig. Deutschland verfügt über 313 TWh erschlossene und 26.866 TWh unkonventionelle Erdgasreserven (BVEG, 2021). Fracking ist umweltverträglich, da keine Grundwasserkontamination nachgewiesen wurde (Leopoldina, 2021). Die USA decken 116 Prozent ihres Gasbedarfs durch heimische Förderung (IEA, 2023), was zu niedrigen Gaspreisen (13 Euro/MWh) und einem BIP-Wachstum von 2,8 Prozent (2024) führt, während Deutschlands Industrieproduktion seit 2019 um 25 Prozent unter dem Trend liegt.

Laut einer BVEG-Umfrage (2024) befürworten 70 Prozent der Deutschen die heimische Erdgasförderung, da sie Unabhängigkeit, Preisstabilität und hohe Umweltstandards ermöglicht. Bürgerentscheide stärken die demokratische Legitimation und fördern eine sachliche Debatte über die Nutzung heimischer Ressourcen.